

Angesichts des nun seit über einem Jahrzehnt anhaltenden Phänomens der Migration überschüssiger landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die Städte, das durch den bevorstehenden WTO-Beitritt Chinas noch verstärkt werden dürfte, scheint sich die staatliche Führung nun zu einer proaktiven Strategie entschlossen zu haben. Man scheint realisiert zu haben, dass die administrative Beschränkung der ländlichen Migration durch das Haushaltsregistrierungssystem zunehmend ineffizient geworden ist, zumal die mit diesem System verbundenen Sozialleistungsanreize in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen haben. Stattdessen scheint man nun offenbar zu versuchen, den Trend zur Urbanisierung in kontrolliertere Bahnen zu lenken.

Nach Vorschlägen des Staatsrats sollen die bäuerlichen Haushalte in Zukunft in die Lage versetzt werden, frei darüber zu entscheiden, ob sie ihre landwirtschaftliche Tätigkeit aufgeben und in ländlichen Kleinstädten einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen. Das Recht zur Ansiedlung in Kleinstädten solle sich daher in Zukunft nicht länger an administrativen Quoten orientieren, sondern pragmatisch davon abhängig gemacht werden, ob die Haushalte einen legalen Wohnort nachweisen können und über eine stabile Einkommensbasis verfügen (ebenda).

Für eine proaktive Strategie der Urbanisierung spricht auch die Nachricht, dass China in den kommenden zwanzig Jahren jeweils zwanzig neue Städte pro Jahr ausweisen will. Dieser Plan entspreche Prognosen, nach denen jährlich etwa 12 Millionen Einwohner ländlicher Regionen in städtische Regionen umsiedeln dürften. Der Schwerpunkt der zukünftigen Urbanisierung liege in den Gebieten Zentral- und Westchinas, in denen auch im Zuge der Förderung durch die neue Entwicklungsstrategie für diese Regionen vermehrt mittlere und größere Städte entstehen würden (XNA, 15.8.00).

Wenn es sich hier in vielen Fällen auch nur um eine schlichte definitorische Umwidmung von ländlichen Gemeinde- in Landkreisstädte handeln dürfte, so deuten die angekündigten Maßnahmen doch auf einen fle-

xibleren Umgang mit dem Problem der ländlichen Migration. -hol-

13 Einführung letaler Injektionen zur Vollstreckung von Todesurteilen angekündigt

Nach Angaben eines Vertreters des Obersten Volksgerichtshofs werden in China in naher Zukunft letale Injektionen zur Vollstreckung von Todesurteilen eingeführt werden (XNA, 31.8.00).

Bislang werden Hinrichtungen in China durch Schusswaffen vollstreckt. In der Öffentlichkeit häufig zynisch kommentiert wird dabei die bis heute aufrechterhaltene Praxis, den Hinterbliebenen die Kosten für die Schusspatrone in Rechnung zu stellen.

Zum ersten Mal wurden im Jahr 1997 zwei zum Tode Verurteilte in der Provinz Yunnan durch die Injektion einer tödlichen Spritze hingerichtet. Seither wurden nach offiziellen Angaben zur Weiterentwicklung der Methode über 1.000 Experimente an Tieren durchgeführt. Gegenwärtig ist die Chinesische Akademie für Medizin mit abschließenden Experimenten befasst, nach deren Beendigung die neue Hinrichtungsmethode landesweit eingeführt werden soll.

Kritiker vermuteten, dass die neue Methode dem Zweck diene, Organe von Hingerichteten für Transplantationen zu verwenden. Offizielle Vertreter bestreiten dies (SCMP, 1.9.00).

Todesurteile werden in der VR China nach wie vor als Strafen für eine breite Palette krimineller Delikte verhängt, wenn die Zahl der vollstreckten Urteile in den vergangenen Jahren auch rückläufig war. In der jüngsten Vergangenheit gelangte die Hinrichtungspraxis in der chinesischen und der internationalen Öffentlichkeit wiederholt zu zweifelhafter Prominenz, als an mehreren hochrangigen Funktionären Todesurteile wegen Korruptionsdelikten vollstreckt wurden (vgl. Übersicht oben). -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

14 Weiterer Hochschulzusammenschluss

Anfang August wurde in Wuhan die neue Universität Wuhan (*Wuhan daxue*) gegründet. Sie entstand durch Zusammenlegung der bisherigen Universität Wuhan, der Wuhaner Hochschule für Wasserbau und Elektrizität, der Wuhaner Hochschule für Vermessungswissenschaft und -technik sowie der Medizinischen Hochschule Hubei. Während diese tertiären Bildungsinstitutionen bisher verschiedenen staatlichen Stellen unterstanden, ist jetzt das Bildungsministerium zuständig. Betrieben wird die neue Universität, die eine Schwerpunkteinrichtung bleibt, gemeinsam von der Zentralregierung und der Provinzregierung Hubei. Bei der jetzt neu gebildeten Universität handelt es sich um eine umfassende Bildungsinstitution mit elf Fakultäten: Literatur, Jura, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Agrarwissenschaft, Medizin, Geschichte, Wirtschaftswissenschaft, Verwaltungswissenschaft, Philosophie und Pädagogik. Man kann an der Universität 117 Studienfächer im Grundstudium studieren; in 185 Fächern kann man den Magister machen, in 77 Fächern promovieren; außerdem gibt es elf Institute, an denen Postdoc-Forschung betrieben wird. An der Universität sind elf staatliche Schwerpunktwissenschaften vertreten und fünf staatliche Schwerpunktlabore und Fachlabore angesiedelt. Ferner gibt es dort zwei Forschungszentren für Ingenieurwesen. An der Universität wurden sechs staatliche Schwerpunktforschungszentren für Geisteswissenschaften errichtet oder wiedererrichtet. Darüber hinaus bestehen an der Universität Wuhan sieben Stützpunkte für die Ausbildung von Fachleuten auf Staatsebene. Die Zahl der dort lehrenden Professoren und Dozenten beträgt über 3.000, die Zahl der Studenten 40.000, darunter gut 6.000 Postgraduierte. Die Führungspositionen an der neuen Universität

Wuhan nehmen Hou Jiechang als Präsident und Ren Xinlian als Parteisekretär ein; sie hatten diese Positionen bereits an der alten Universität Wuhan inne. (RMRB, 3.8.00, S.3)

Mit dieser Ausstattung und Größe zählt die Universität Wuhan zu den bedeutendsten Universitäten des Landes. Durch die Verbindung mit den drei Hochschulen konnte sie ihr Ausbildungsspektrum erweitern und wird alles daran setzen, ihr traditionelles Prestige als Schwerpunkteinrichtung zu behalten und weiter zu mehren. Bereits vor dem Zusammenschluss waren drei der vier Institutionen, nämlich die Universität Wuhan, die Wuhaner Hochschule für Wasserbau und Elektrizität und die Wuhaner Hochschule für Vermessungswissenschaft und -technik, in das „Projekt 211“ aufgenommen worden. Dieses Projekt begann die Regierung 1995 mit dem Ziel, einhundert Universitäten im 21. Jahrhundert zu Spitzenuniversitäten mit Weltniveau zu machen. Die Provinzregierung Hubei und das Bildungsministerium haben angekündigt, die Finanzausstattung der neuen Universität Wuhan weiter zu verbessern, um das angestrebte Ziel möglichst bald zu erreichen. (Vgl. GMRB, 3.8.00, S.1) -st-

15 Studenten aus Hongkong, Macau und Taiwan

Nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch im Bildungswesen zeigt sich, dass Hongkong und Macau immer stärker ins Festland integriert werden und dass die Volksrepublik selbst für Taiwan in dieser Hinsicht attraktiver wird. Dies lässt sich an der Zahl der Postgraduierten aus den drei Territorien ablesen, die zum neuen Studienjahr an festlandchinesischen Universitäten zugelassen wurden. Im September 2000 nehmen insgesamt 564 Postgraduierte ihr Studium an einer festlandchinesischen Hochschule auf. Von ihnen kommen 146 aus Hongkong, 278 aus Macau und 140 aus Taiwan. Auf dem Festland sind 43 Universitäten, darunter die Beida, autorisiert, Forschungsstudenten aus den drei Territorien aufzunehmen. In diesem Jahr wurden im Vergleich zum Vorjahr 57,9% mehr Bewerber aufgenommen.

Die meisten der zugelassenen Postgraduierten, nämlich 221 (39,2%), studieren in den Bereichen Literatur, Geschichte, Jura oder Kunst; 147 Studenten (26,1%) studieren Wirtschafts- oder Verwaltungswissenschaften, 73 (13%) Medizin, 69 (12,2%) Pädagogik und 54 (9,6%) Natur- oder Ingenieurwissenschaften. (RMRB, 9.8.00, S.5) Neben Geisteswissenschaften besteht von Seiten der Bewerber aus den drei Territorien vor allem Interesse an Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, denn Fachkompetenz auf den Gebieten Rechtswesen und Wirtschaft der Volksrepublik ist insbesondere für die Wirtschaftsbeziehungen Hongkongs, Macaus und Taiwans mit der Volksrepublik von Nutzen.

Doch nicht nur Postgraduierte studieren auf dem Festland, sondern zunehmend auch Studienanfänger aus den drei Territorien. Bislang ist deren Zahl allerdings noch gering. Zur Zeit studieren rund 3.500 Studenten aus Hongkong, Macau und Taiwan in der Volksrepublik, die meisten von ihnen an der Jinan-Universität in Guangzhou. Dies soll sich jedoch bald ändern, denn in Zhuhai (nahe Macau) ist ein großer Campus im Bau, der in ein bis zwei Jahren Tausende von Studienanfängern aus den drei Territorien beherbergen soll. Der Campus wird von der Zhongshan-Universität (Guangzhou) gebaut, die zu den angesehensten Universitäten Chinas zählt. Bereits im September werden die ersten 4.000 Festlandstudenten ihr Studium aufnehmen. Bis zum Jahr 2005 sollen auf dem Campus 12.000 Studenten studieren, wobei man insbesondere Studenten aus Hongkong, Macau und Taiwan im Blick hat. Die Verantwortlichen sind zuversichtlich, dass die neue Universität in Bezug auf Qualität den Hongkonger Hochschulen nicht nachstehen werde. Die einzige Ungewissheit ist zurzeit noch, ob die akademischen Grade des Festlands in Hongkong anerkannt werden. Bereits 1994 war vorgeschlagen worden, die Examina von 561 Universitäten der VR China in Hongkong ab 1997 anzuerkennen. Doch bislang ist über diese Frage noch nicht entschieden worden. Die Attraktivität der festlandchinesischen Hochschulen dürfte für Hongkonger Studenten vor allem darin bestehen, dass die Studiengebühren in der Volksrepublik deutlich

niedriger liegen. Während sie an einer Hongkonger Universität pro Jahr gut 42.000 HKD betragen, werden beispielsweise an der Jinan-Universität nur 8.800 bis 9.800 HKD erhoben. (Vgl. SCMP, 7.8.00) -st-

16 Umstrukturierung wissenschaftlich-technischer Forschungsinstitute

Ähnlich wie in der Wirtschaft mit der Umstrukturierung staatlicher Betriebe findet auch im Forschungsbereich seit Jahren eine Transformation statt. Ziel dieser Transformation ist es, die Vielzahl der staatlich finanzierten wissenschaftlich-technischen Forschungsinstitute umzustrukturieren, weil der Staat die finanziellen Lasten nicht mehr tragen kann. Bislang wurde offiziellen Angaben zufolge die Umstrukturierung bei 242 staatlichen Instituten abgeschlossen (XNA, 26.7. u. 1.8.00). Dabei konnten wertvolle Erfahrungen gesammelt werden, die der weiteren Arbeit zugute kommen. Sie stimmen jedoch keineswegs optimistisch, dass das Vorhaben glatt verläuft, sondern lassen zahlreiche Probleme offenbar werden. Über diese Probleme sprach kürzlich ein Reporter der *Guangming-Zeitung* mit einem Experten des Forschungszentrums für die Weiterentwicklung von Chinas Wissenschaft und Technik beim Ministerium für Wissenschaft und Technik. Danach ergibt sich folgendes Bild (vgl. GMRB, 8.8.00, S.2):

Zurzeit gibt es noch 450 wissenschaftliche Forschungsorgane mit 171.000 Mitarbeitern, die Abteilungen oder Einheiten des Staatsrates unterstehen, d.h. also staatlich finanziert werden, wobei die zur Chinesischen Akademie der Wissenschaften gehörenden Institute nicht eingerechnet sind. Hinzu kommen noch einige tausend Institute, die örtlichen Regierungen unterstehen. Für Institute, die anwendungsorientierte Forschung betreiben, und für Einheiten, die sich mit Projektplanung befassen, gibt es im Prinzip drei Möglichkeiten der Umstrukturierung: Sie werden entweder in wissenschaftlich-technische Unternehmen umgewandelt oder werden ganz oder teilweise in Unternehmen integriert oder werden in Vermittlungsorganisationen umgewandelt. Die durch

die Umwandlung auftretenden Probleme werden wie folgt konkretisiert:

1. Das Problem der allgemeinen Nutzung und der Eigentumsrechte:

Die ursprüngliche Intention, die der Staat mit der Gründung so vieler Forschungsinstitutionen verfolgte, war es, das Problem des Rückstands allgemeiner industrieller Techniken und fortgeschrittener Techniken zu lösen, d.h. das technische Niveau der Industrie anzuheben und die dafür benötigten technischen Verfahren allgemein zugänglich zu machen. Dies wertet der Experte auch heute noch als durchaus richtigen Ansatz, zumal internationale Erfahrungen zeigten, dass die Gründung solcher Forschungsorgane für die Entwicklung industrieller Techniken enorm wichtig sei. Das Problem unter dem alten System war jedoch, dass es zu viele solcher Forschungsinstitute gab. China braucht nicht einige hundert der Zentrale und einige tausend den örtlichen Regierungen unterstehende Forschungsinstitutionen, wohl aber einige wenige auf zentraler und zwischen zehn und zwanzig auf lokaler Ebene, um als Vorreiter für die technologische Entwicklung der Industrie zu dienen. Bei der jetzigen Transformation ist jedoch die Beibehaltung einiger hervorragender Forschungsinstitutionen für industrielle Techniken nicht vorgesehen. Dies stellt insofern ein Problem dar, als umstrukturierte Institute kaum Forschung betreiben werden, deren Ergebnisse der Allgemeinheit zugute kommen. In Wirtschaftsunternehmen umgewandelte Institute können nicht umhin, ihre eigene Forschung zu betreiben. Andere Betriebe können deren Forschungsergebnisse nicht nutzen. Da die meisten Forschungsinstitute heute in Unternehmen umgewandelt werden, haben sich ihre Beziehungen zu anderen Betrieben grundlegend geändert: Nicht mehr Kooperation und Dienstleistung sind gefragt, sondern alles ist auf Konkurrenz ausgerichtet. Damit nehmen die technischen Möglichkeiten kleinerer Betriebe ab, und der Druck auf die Regierung nimmt zu.

2. Notwendigkeit der Integration und Zusammenlegung:

Bei der Umstrukturierung der 242 Forschungsinstitute ist der größte Teil von ihnen direkt in Unternehmen umgewandelt worden; nur ganz wenige

Institute wählten die Form der Integration in ein bestehendes Unternehmen oder eines Zusammenschlusses. Dies liegt daran, dass es ungleich schwieriger und komplizierter ist, Unternehmen und Forschungsinstitute zusammenzuführen oder mehrere Forschungsinstitute zusammenzulegen als den direkten Weg der Umwandlung in ein Unternehmen zu gehen. Die Schwierigkeiten liegen vor allem darin, dass die Organisationsstruktur und die Personalbeziehungen völlig verändert und die Fachkräfte umverteilt und untergebracht werden müssen. Die Chinesische Akademie der Wissenschaften hat in dieser Hinsicht zwar gute Erfolge erzielt, stellt aber auch fest, dass noch weitere Anpassungen nötig sind. Dennoch sollten nach Ansicht des Experten bei der Umstrukturierung mehr Institute in Unternehmen integriert oder zusammengelegt werden. Bei diesen beiden Formen der Umstrukturierung wären gute Qualität und hohes Niveau besser zu erreichen. Ihnen sollte der Staat daher mehr Aufmerksamkeit widmen und sie mit entsprechenden Maßnahmen unterstützen.

3. Verbindung von freier Wahl und Lenkung durch die Regierung

Bei der Umwandlung muss jedes Institut selbst nach seinen Bedingungen entscheiden, welches Reformmodell es wählt. Aber es muss auf zwei negative Erscheinungen geachtet werden, die bei der freien Wahl auftreten können: (1) Die Institute wählen den Weg des geringsten Widerstandes und sind nicht gewillt, ihre Organisationsstruktur von Grund auf zu reformieren. (2) Institute mit guten Bedingungen vollziehen die Umstrukturierung rasch und werden zu Unternehmen, während Institute mit schlechten Bedingungen abwarten und sich häufig nicht für das Unternehmensmodell entscheiden. Es sind dann gerade diese schwachen Institute von niedrigem Niveau, die zu Schwerpunktzentren der Reform werden wollen. Auf diese Weise entstehen für Chinas Wissenschaftssystem neue Probleme. Deshalb ist neben der freien Entscheidung für ein bestimmtes Reformmodell die staatliche Lenkung erforderlich, d.h. der Staat muss mitentscheiden über die Wahl des Reformmodells und den Zeitpunkt der Umstrukturierung.

4. Wissenschaftlich-technische Umsetzung als Ziel:

Hauptziel der Umstrukturierung ist die produktive Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse. Dafür ist die Umstrukturierung nur eine Voraussetzung. Entscheidend ist die innovative Arbeit auf den Gebieten Technik und Verwaltung. Von den 242 derzeit umstrukturierten Forschungsinstituten hat sich die Mehrzahl nur formal in Unternehmen umgewandelt, aber noch keine grundlegende Reform vollzogen. Bei der Förderung der Umstrukturierung und Beschleunigung der Umsetzung müssen die Regierungen den Schwerpunkt darauf legen, den umstrukturierten Institutionen zu helfen, ein modernes Unternehmenssystem und ein modernes Managementmodell aufzubauen. Die Eigentumsverhältnisse müssen geklärt sein, und es müssen unterstützende Maßnahmen getätigt werden, um die wissenschaftlich-technische Umsetzung zu intensivieren.

So weit die Darstellung der Probleme von Seiten des Ministeriums. Das eigentliche Problem, so lässt sich der Darstellung entnehmen, liegt darin, dass zu viele Forschungsinstitute sich zu Unternehmen transformieren und dann ihre Forschungsergebnisse für sich behalten und nicht allgemein zugänglich machen. Gerade dies, nämlich die praktische Umsetzung von Forschungsergebnissen und damit die Anhebung des Niveaus der technisch-industriellen Betriebe, war der ursprüngliche Zweck der staatlich geförderten Forschungsinstitutionen. Doch es geht nicht nur um das geistige Eigentum der Forschungsinstitute, ungeklärt sind vielfach auch die Eigentumsverhältnisse hinsichtlich der Institute selbst, ihrer Ausrüstung usw. sowie hinsichtlich der Finanzen. Mit anderen Worten, die Umwandlung in Unternehmen stellt an sich noch keinen Erfolg dar, sondern erst die Bewältigung der durch die Umwandlung entstehenden Probleme.

Zugleich plädiert der Experte dafür, das Schwergewicht der Reform nicht einseitig auf die Umwandlung der Forschungsinstitute in Unternehmen zu legen, sondern auch andere Formen der Umstrukturierung zu wählen, insbesondere die Form der Integration

und Zusammenlegung. Diese letztere Form verspricht eine bessere Streuung und damit Umsetzung der Forschungsergebnisse, also einen größeren Nutzen für die Allgemeinheit, und wohl auch bessere Überlebenschancen für die ehemaligen Forschungsinstitute. -st-

17 Sozialwissenschaftliche Forschung nach Fachgebieten

Die *Volkszeitung* veröffentlichte kürzlich eine Statistik über die Zahl der Forschungsprojekte, die von der Staatlichen Stiftung für Sozialwissenschaften in den Jahren 1994-99 gefördert und gemeldet wurden. Danach meldet die Stiftung pro Jahr durchschnittlich gut 5.300 Projekte. Mit deutlichem Abstand liegen die Wirtschaftswissenschaften an der Spitze, und zwar nehmen im Jahresdurchschnitt die angewandten Wirtschaftswissenschaften 17 und Wirtschaftstheorie 10,5% aller Projekte ein. Einen weiteren Schwerpunkt bilden ideologielastige Fachgebiete, die mit den Kategorien „Marxismus-Leninismus und Sozialwissenschaften“, „Parteigeschichte und Parteaufbau“ und „Philosophie“ bezeichnet werden. Zusammen machen sie knapp 20% aller Projekte aus. Allerdings verbergen sich hinter diesen Bezeichnungen auch Fachgebiete wie alte und neuere Literatur und Geschichte sowie traditionelle und moderne Philosophie, die heute nicht mehr generell mit marxistischer Methode angegangen werden. Die Schlusslichter bilden Fächer wie Demographie und Statistik. Dies wird damit erklärt, dass die Nachfrage in der Gesellschaft zu gering sei. Wenn die geringe Nachfrage anhalte, müsse etwas getan werden, heißt es in den Erläuterungen zu der Statistik. Gerade auf diesen beiden Gebieten wird Expertise benötigt. Als zu niedrig wird auch die Zahl der Projekte bezeichnet, die sich mit internationaler Politik, Atheismus (im Fachgebiet Religionswissenschaft) und Archäologie befassen. (Vgl. RMRB, 3.8.00)

Wie anderswo auch fördert der Staat die Geistes- und Sozialwissenschaften in weitaus geringerem Maße als Naturwissenschaften und Technik. Staatlicherseits sind besonders Projekte in den Wirtschaftswissenschaften von In-

teresse, aber auch solche, die sich mit politischen und ethischen Fragen (in offizieller Lesart mit dem „Aufbau der geistigen Kultur“) oder mit Problemen und Begleiterscheinungen der Modernisierung befassen. -st-

18 Gesundheitsreform

Ende Juli 2000 fand in Shanghai eine nationale Konferenz über die Gesundheitsreform statt. Als Hauptredner trat Vizepremier Li Lanqing auf. Er kündigte an, dass die Regierung vorhabe, bis zum Ende dieses Jahres ein Versicherungssystem für die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung zu errichten. Hauptziele der Reform sind die weitgehende medizinische Grundversorgung der städtischen Bevölkerung zu niedrigen Kosten, Kostenbeteiligung von Seiten der Patienten und die Einführung von Wettbewerb im Gesundheitswesen. Die Reform erstreckt sich auf die drei Gebiete Krankenversicherung, Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen sowie Produktion und Vertrieb von Pharmazeutika. Die wichtigsten Neuerungen sind die Folgenden (vgl. Xinhua, 26.7.00, nach SWB, 4.8.00):

1. Krankenversicherung: Die Kosten für die Versicherung sollen gemeinsam von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden. Die Versicherung deckt lediglich die Grundversorgung ab. Für besonders schwere Krankheiten müssen Zusatzversicherungen abgeschlossen werden. Damit soll der Explosion der Krankenkosten bei den Versicherungen vorgebeugt werden.

2. Medizinische Einrichtungen: Die Patienten sollen freie Wahl in Bezug auf Krankenhäuser und Ärzte haben. Die Krankenhäuser sollen in Konkurrenz zueinander betrieben und nicht mehr bürokratisch verwaltet werden. Es wird nicht mehr erlaubt sein, dass die Krankenhäuser den Verkauf von Medikamenten monopolisieren und darüber ihre Finanzen zu sanieren versuchen. Auch in Bezug auf den Medikamentenkauf sollen die Patienten freie Wahl haben. Krankenhäuser sollen durch Umstrukturierung, Kooperation oder Zusammenschluss effektiver arbeiten. Zugleich sollen auf unterster Ebene Gesundheitsdienste aus-

gebaut werden, sodass Patienten mit leichteren Krankheiten diese Gesundheitsdienste aufsuchen können, während in den Krankenhäusern Patienten mit schweren Krankheiten behandelt werden.

3. Produktion und Vertrieb von Pharmazeutika sollen strikter Kontrolle unterzogen werden, um sowohl die Qualität sicherzustellen als auch Preistreiber zu unterbinden. Der Umfang der Medikamente, deren Preise staatlich festgesetzt werden, soll schrittweise reduziert werden, damit auch in diesem Sektor Marktmechanismen eingeführt werden. Apotheken sollen unabhängig von den Krankenhäusern betrieben werden. (Vgl. Xinhua, 26.7.00, nach SWB, 4.8.00) Auf dem Lande wird die Gesundheitsreform erst ansatzweise in Angriff genommen und liegt besonders in rückständigen Gebieten in weiter Ferne. (Vgl. C.a., 1999/2, Ü 21) -st-

19 Regierungsverlautbarung zum Gebrauch der tibetischen Sprache

Anfang August 2000 gab das Informationsbüro des Staatsrates eine Verlautbarung in Form eines 5.000 Schriftzeichen umfassenden Artikels heraus, in dem die Regierung ihre Sprachpolitik in Tibet verteidigt und darlegt, dass das Tibetische in allen Lebensbereichen, angefangen von der Schule über Behörden und Gerichte bis hin zu Zeitungen und Verlagen große Verbreitung hat. Wie bereits mit der Herausgabe des Weißbuchs über die tibetische Kultur (vgl. C.a., 2000/6, Ü 29) verfolgt die Regierung auch mit diesem Dokument das Ziel, den von offizieller chinesischer Seite als falsche Unterstellung angeprangerten Vorwurf des Dalai Lama zu widerlegen, der Gebrauch des Tibetischen würde durch die Chinesen unterdrückt, und das Tibetische sei eine aussterbende Sprache.

In dem Dokument, dessen Wortlaut die *Volkszeitung* am 4. August veröffentlichte, wird zunächst auf die rechtliche Situation hingewiesen. Sowohl die Verfassung als auch das Autonomiegesetz sichern den Minderheitennationalitäten die Freiheit zu, ihre eigene Sprache zu gebrauchen. Speziell in Tibet seien zu diesem Punkt zwei

Regelungen erlassen worden: 1987 „Einige Bestimmungen des Autonomen Gebietes Tibet über das Studium, den Gebrauch und die Entwicklung der gesprochenen und schriftlichen tibetischen Sprache“ und 1988 „Durchführungsbestimmungen“ zu diesen Bestimmungen. 1988 sei zudem ein Lenkungskomitee für die Arbeit bezüglich der tibetischen Sprache eingerichtet worden; etwas später seien derartige Komitees auch auf den nachgeordneten Verwaltungsebenen errichtet worden. Es gebe zahlreiche Übersetzungsorgane, und im Jahre 1995 sei ein Computercode für das Tibetische geschaffen worden.

In dem Dokument wird dargelegt, dass sowohl das Schulwesen als auch Behörden, Gerichte, Rundfunk und Fernsehen, Theater usw. zweisprachig sind. Allein aus diesem Umstand ist zu schließen, dass das Tibetische sich nicht frei entfalten kann, sondern sich in der Defensive befindet und sich gegen das Chinesische behaupten muss. Nach offizieller chinesischer Lesart allerdings tut die Regierung alles, um die tibetische Sprache zu bewahren. In den Schulen, so heißt es, wird zweisprachig unterrichtet, also auf Chinesisch und Tibetisch. Die meisten Grundschulen verwenden das Tibetische als Unterrichtssprache, lediglich an einigen städtischen Schulen, die nur von Chinesen besucht werden, wird ausschließlich auf Chinesisch unterrichtet. Selbst in den meisten Mittelschulen soll der Unterricht auf Tibetisch erfolgen. Auf der Universität wird zwar auf Chinesisch gelehrt, doch gibt es einen Studiengang für die Ausbildung von Tibetisch-Lehrern für Mittelschulen, ebenso für Übersetzer und Linguisten für Tibetisch. Auch ein großer Teil der Schulbücher liege in tibetischer Sprache vor.

Amtssprachen in Verwaltung, Gerichten usw. sind ebenfalls Tibetisch und Chinesisch. Rundfunk und Fernsehen senden je zu fünfzig Prozent Tibetisch und Chinesisch. Von der „Tibetischen Tageszeitung“ erscheint neben der chinesischen eine tibetische Ausgabe. Insgesamt gibt es in Tibet zwanzig Zeitungen und Zeitschriften auf Tibetisch. 1993 wurde eine Tibetische Übersetzer-Vereinigung gegründet, deren Aufgabe es ist, Übersetzungen zu fördern und Ausbildungsseminare abzuhalten. Ebenfalls seit 1993

widmet man sich intensiv der Standardisierung des Tibetischen, zum einen für die Informationstechnologie, zum anderen für die Wissenschaftssprache. Insbesondere Letzteres ist eine wichtige Aufgabe für die Sprachkomitees. Die Bemühungen um die Schaffung einer Wissenschaftssprache für das Tibetische sind im Übrigen ein Zeichen dafür, dass von einem Aussterben des Tibetischen nicht die Rede sein kann. Eine andere Sache ist freilich, wie die Sprachpolitik der Chinesen in Tibet von den Tibetern selbst wahrgenommen wird. -st-

Außenwirtschaft

20 Drastischer Anstieg der Devisenreserven im chinesischen Banksystem - Kapitalflucht gestoppt?

Einer Analyse in der Vierteljahresschrift der BIS (Bank for International Settlements) von Ende August d.J. zufolge konnte China in den letzten Jahren erfolgreich den illegalen Transfer von Kapital ins Ausland stoppen. Der Autor des Berichts weist zwar darauf hin, dass in einer Wirtschaft mit Kapitalkontrollen auch ein stabiler Wechselkurs aufrechterhalten werden kann und die inländischen Zinssätze unabhängig davon festgelegt werden könnten. Allerdings sei es in der Praxis sehr schwer, die Kapitalkontrollen durchzusetzen, und mit einem gewissen Schwund müsse gerechnet werden. Deshalb gebe es Kapitalflucht als unerwünschte Nebenwirkung der niedrigen inländischen Zinssätze und auf Grund der unvollständigen Kapitalkontrollen. Der Autor des Berichts weist jedoch darauf hin, dass China mit der bisherigen Kombination von stabilem Wechselkurs, Kapitalkontrollen und sinkenden inländischen Zinssätzen in Relation zu den US\$-Zinssätzen recht erfolgreich gewesen sei, die unerwünschten Nebenwirkungen zu beschränken. In China ist die Einrichtung von Devisenkonten innerhalb des Systems von Kapitalkontrollen erlaubt. Diese dienen dazu, die Devisen im inländischen Bankensystem zu halten, sodass dadurch die Ka-

pitalflucht nach „innen“ verlagert würde.

Der Bericht geht weiter auf den geldpolitischen Hintergrund, die Beziehung zwischen den Einlagezinssätzen des Renminbi und des US\$ und auf die finanzpolitische Öffnung Chinas ein. Im Folgenden werden hierzu die wichtigsten Aussagen vorgestellt. (McCaughey, Robert, N., „Special Feature: Foreign Currency Deposits of Firms and Individuals with Banks in China“, in: *BIS Quarterly Review*, August 2000, S.35-39, zitiert aus: www.bis.org)

GELDPOLITISCHER HINTERGRUND

Die Stabilität des Renminbi-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar zusammen mit der Abwertung der Währungen vieler Handelspartner im Verlauf der Asienkrise 1997-98 führte zu einer substanziellen effektiven Aufwertung des Renminbi in dieser Periode. Der externe Druck auf die Preise wurde zusätzlich durch inländische Faktoren verstärkt, zu denen auch die gute Ernte und Überkapazitäten in der verarbeitenden Produktion zählten. Die in- und ausländischen Bedingungen resultierten nicht nur in einem Rückgang der Inflation, sondern in einem Preisverfall. Werden die Einzelhandelspreise betrachtet, dann gingen diese über einen Zeitraum von 33 Monaten zurück; die Verbraucherpreise stabilisierten sich ca. nach einem Zeitraum von 22 Monaten. Im Zeitverlauf und mit der Erholung der Währungen der Handelspartner haben die sinkenden Preise dabei geholfen, den realen effektiven Wechselkurs wieder auf das Niveau von vor der Asienkrise zurückzubringen.

Die chinesische Geldpolitik reagierte auf die Preistrends mit einer Reduzierung der Zinssätze für den Renminbi. Zum Zeitpunkt der Asienkrise lag der Zinssatz bei 10%, bis Ende 1998 war er durch sechs Zinssatzsenkungen auf 7% zurückgeführt worden. Parallel mit der Senkung der Kreditzinssätze wurden die Einlagenzinsen für den Renminbi von 7,5% auf 5% Mitte 1998 und dann bis Ende 1999 auf 2,25% gesenkt.

BEZIEHUNG ZWISCHEN RENMINBI-UND DOLLAR-EINLAGENZINSEN

Die o.g. Veränderungen der Zinssätze stellten für die chinesische Regierung auf Grund ihrer Wirkungen auf die relativen Gewinne von Renminbi und Dollar-Einlagen eine große Her-